



Die Modernisierung des HGB-Bilanzrechts

Vortrag
von Dr. Christoph Ernst
(Ministerialrat im BMJ)
im Rahmen der Dahlem Lectures on FACTS

Dr. Christoph Ernst



1 Bilanzrechtliche Ausgangslage

1. Bilanzrechtliche Ausgangslage

- 1.1. Der Entwurf des Standards „IFRS für KMU“:
→ Vorbild oder abschreckendes Beispiel ?

Szenario: Übernahme des künftigen Standards in EU-Recht

- Rechtliche Möglichkeiten
- Die Haltung des Europäischen Parlaments gegenüber dem IASB und den IFRS
- Die Meinung der Betroffenen

- 1.2. Jedenfalls Indiz: gesteigerte Informationsanforderungen an die Handelsbilanz im internationalen Bereich

- 1.3. Kapitalaufnahme wird schwieriger

- 1.4. Entbürokratisierung/Deregulierung im nationalen Bereich

- 1.5. Entbürokratisierung/Deregulierung in der EU



2. Anforderungen an die Modernisierung der nationalen Bilanzierungsvorschriften des HGB

- 2.1. Mehr Informationsgehalt: Nicht mehr, aber bessere Information
- 2.2. Verbesserte Möglichkeiten zur Kapitalaufnahme
- 2.3. Kosten-/Nutzenrelation beachten
- 2.4. Deregulierung, wo möglich
- 2.5. Leichte Überleitung zur steuerlichen Gewinnermittlung



3. Vorgesehene Schwerpunkte

- 3.1. Befreiung von Buchführungs- und Bilanzierungspflicht für bestimmte Einzelkaufleute und Personenhandelsgesellschaften
- 3.2. Anhebung der Schwellenwerte in § 267 HGB

Als **klein** sind künftig solche Kapitalgesellschaften zu klassifizieren, die nicht mehr als

- rd. € 4,8 Mio. Bilanzsumme (bisher rd. € 4 Mio.),
- rd. € 9,8 Mio. Umsatzerlöse (bisher rd. € 8 Mio.),
- 50 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt aufweisen.

→ Von den Kriterien muss eine Kapitalgesellschaft mindestens zwei erfüllen, um als klein klassifiziert zu werden.

Als **mittelgroß** sind künftig solche Kapitalgesellschaften zu klassifizieren, die nicht mehr als

- rd. € 19,2 Mio. Bilanzsumme (bisher rd. € 16 Mio.),
- rd. € 38,5 Mio. Umsatzerlöse (bisher rd. € 32 Mio.),
- 250 Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt aufweisen.

- 3.3. Erleichterung für IFRS-Bilanzierer
- 3.4. Aktivierung selbstgeschaffener immaterieller Vermögensgegenstände des Anlagevermögens
- 3.5. Bewertung der zu Handelszwecken erworbenen Finanzinstrumente zum Zeitwert sowie gesetzliche Verankerung der Bewertungseinheit
- 3.6. Änderung der Rückstellungsbewertung
- 3.7. Abschaffung nicht mehr zeitgemäßer Wahlrechte
- 3.8. Transparenz bezüglich der Zweckgesellschaften



4 Umsetzungsbedarf

4. Umsetzungsbedarf

- 4.1. Umsetzungsbedarf aus der EU-Richtlinie zur Ergänzung der 4./7. Richtlinie
 - Beziehungen zu verbundenen Unternehmen
 - außerbilanzielle Geschäfte
 - Corporate Governance Erklärung:
„comply or explain“ – aber jetzt wirklich
 - Beschreibung Risikokontrollsystem, soweit es um die Rechnungslegung geht

- 4.2. Umsetzungsbedarf aus der neuen Abschlussprüfer-Richtlinie



5 Zusammenfassung/Ausblick